Haushalt + Finanzen / Stadtmarketing
Rat ö 17.11.2009

Kostenbeteiligung des BOK e. V. für Ossensamstag 2010 (TOP 5 a))
Beratungsverlauf:
Herr Oberbürgermeister Pistorius macht deutlich, dass die Beschlussvorlage der Verwaltung nicht auf einer Idee der Verwaltung beruhe, sondern vielmehr als Ausführung des einstimmigen Ratsbeschlusses aus dem Jahr 2007 für das Konsolidierungsprogramm der Jahre 2008 und folgende zu sehen sei. Hierbei war beschlossen worden, den Karneval an den Kosten des Ossensamstages zu beteiligen. Er erinnert daran, dass auch den Karnevalisten bekannt sei, dass dies seit Ende der 90er Jahre immer wieder diskutiert worden sei. Er erinnert ferner an den Karnevalsumzug 2007 mit den bekannten verheerenden Folgen im Umfeld. Er hebt hervor, dass in den sehr sachlichen Gesprächen mit den Karnevalisten von ihm immer wieder hervorgehoben wurde, dass die Karnevalsvereine für die seinerzeitigen Vorkommnisse nicht verantwortlich gemacht werden. Der Karnevalsumzug 2008 sei dann aufgrund flankierender Maßnahmen von Diakonie, Polizei, Caritas und der Stadt zwar besser, aber ebenfalls nicht zufriedenstellend verlaufen.
Er hebt hervor, dass er sich nicht darauf beschränkt habe, den Beschluss zur Kostenbeteiligung in Ausführung der Konsolidierungsüberlegungen umzusetzen. Sein Ansatz sei insbesondere im Hinblick auf die Gefährdung der Jugendlichen die Suche nach einer neuen Form gewesen, zumal nach seiner Einschätzung alle Beteiligten mit den Abläufen nicht zufrieden gewesen seien.
Er verweist ergänzend auf die im Wesentlichen negative öffentliche Darstellung des Karnevalsumzuges im Jahr 2009 im Verhältnis zu den erheblichen öffentlichen Kosten von 78.000,00 €. Neben dem städtischen Interesse an einer Änderung der Organisation hebt er die Einzelhandelsinteressen hervor. Die Kompensation der Verluste des Einzelhandels durch den Ossensamstag durch einen verkaufsoffenen Sonntag im Februar sei von den Einzelhandelsvertretern als „saisonfremd“ abgelehnt worden. Seine Idee sei es gewesen, durch eine Verlagerung des Umzugs auf den Sonntag die unterschiedlichen bestehenden Interessen zu befriedigen und insbesondere im Hinblick auf die immateriellen Vorteile, die in einer Verbesserung der Jugendschutzinteressen gelegen hätten, dem Rat vorzuschlagen, auf einen Zuschuss der Karnevalisten zum Umzug zu verzichten. Dieser Ansatz sei von ihm in die Gespräche mit den Karnevalisten eingebracht worden; dabei habe er deutlich gemacht, dass ein anderer Weg zur Abkehr von dem Ratsbeschluss von ihm nicht gesehen werde. Hierfür sei ein Konzept zwischen dem BOK, der OMT und der Stadt erarbeitet worden; dieses sei einvernehmlich erarbeitet und der Öffentlichkeit vorgestellt worden.
Der Vorstand des BOK habe dieses Konzept dann der BOK-Hauptversammlung zur Beratung vorgelegt. Eine Mehrheit dafür wurde knapp verfehlt, so dass das Konzept nicht zum Tragen komme. Damit sei ihm die Grundlage entzogen gewesen, dem Rat einen Änderungsvorschlag zu unterbreiten. Nunmehr habe der Rat zu entscheiden, ob er seinen ursprünglichen Beschluss beibehalten wolle. Eine Ablehnung der Verwaltungsvorlage werde von ihm absolut akzeptiert; er bitte allerdings um Verständnis dafür, dass er es ablehne, wie im CDU-Antrag vorgeschlagen, ihn erneut mit Gesprächen über die künftige Ausgestaltung des Osnabrücker Karnevals mit den Beteiligten zu beauftragen. Er führt aus, dass die Karnevalisten zur attraktiveren Gestaltung des Karnevals keinerlei Gespräche mit dem Oberbürgermeister bedürfen, dessen Aufgabe dies auch nicht sei, nachdem ein entsprechendes Konzept unter seiner Mitwirkung fertiggestellt wurde.
Er hebt für die kommende Abstimmung die Bedeutung der Haushaltshoheit des Rates hervor und verweist darauf, dass es in Anbetracht des erheblichen Kosteneinsatzes der Stadt Osnabrück für den Karneval, dessen Veranstalter die Stadt nicht sei, als angemessen gesehen werden könne, über den Termin mitzubestimmen.
Abschließend bedankt er sich bei den Karnevalisten für die gute Atmosphäre, in der die zurückliegenden Gespräche geführt wurden. Er äußert die Hoffnung auf eine sachliche Debatte.
Herr Dr. E. h. Brickwedde bezeichnet es namens der CDU-Fraktion als legitim, dass der Einzelhandel eine Verlagerung des Karnevalsumzuges auf den Sonntag gefordert habe. Hierüber habe der Oberbürgermeister bereits Gespräche mit den Vertretern des BOK geführt; er äußert insofern Unverständnis zu der Haltung des Oberbürgermeisters, keine weiteren Gespräche mit den Vertretern des BOK über eine attraktivere Gestaltung des Karnevals führen zu wollen.
Nach einer demokratischen Abstimmung im BOK habe dieser sich gegen die Verlagerung auf den Sonntag ausgesprochen. Er hebt hervor, dass auch die CDU-Fraktion sich bereits vor den unangenehmen Begleitumständen des Umzuges im Jahr 2007 für ein präventives Einschreiten der Polizei und verstärkte Kontrollen ausgesprochen habe. Gemeinsam sei es dann in der Folgezeit der Polizei, den Verbänden und Vereinen wie auch den Mitarbeitern der Stadtverwaltung gemeinsam

mit dem BOK gelungen, die Missstände deutlich zurückzuführen. Er stellt daneben kritisch fest, dass bei ebenfalls negativen Begleitumständen nach Fußballspielen noch niemand auf die Idee gekommen sei, eine Kostenbeteiligung einzufordern. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Siegesfeier des VfL, die anlässlich des Wiederaufstieges auf dem Marktplatz stattgefunden habe und die erheblichen Reinigungsaufwand nach sich gezogen habe. Er hebt die Bedeutung des Osnabrücker Karnevalsumzuges als überregionale Attraktion und die positive Resonanz der Fernsehberichterstattung hervor. Er fordert dazu auf, diese Resonanz über einen längerfristigen Zeitraum zu betrachten. In Anbetracht der kurzen Zeitdauer bis zum Karnevalsumzug 2010 sieht er diesen durch den Verwaltungsvorschlag als gefährdet an. Er spricht sich insofern für die Annahme des schriftlich vorliegenden Änderungsantrages der CDU-Fraktion (siehe Anlage) aus, der den folgenden Beschlussinhalt hat:
„Die Stadt Osnabrück erhebt im Jahr 2010 vom Bürgerausschuss Osnabrücker Karneval e. V. und seinen Mitgliedsgesellschaften **keine** Kostenbeteiligung für den Karnevalsumzug am sogenannten Ossensamstag. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit den Beteiligten zu führen, wie zukünftig der Osnabrücker Karneval noch attraktiver gestaltet werden kann. Nach Abschluss dieser Gespräche wird der Rat dann erneut über eine mögliche Kostenbeteiligung beraten.“
Herr Hasskamp legt dar, dass er seine Ausführungen ausschließlich für seine Person treffe. Er dankt der Verwaltung und dem Oberbürgermeister für die ausgewogene Vorlage und stellt fest, dass keinesfalls über die Abschaffung des Osnabrücker Karnevals sondern lediglich über eine Kostenbeteiligung des BOK zu entscheiden sei. Dabei sei jedoch nicht zu vergessen, dass der Osnabrücker Straßenkarneval ausschließlich von Ehrenamtlichen und unentgeltlich dargestellt wird, wobei es sich um eine Veranstaltung mit Volksfestcharakter handele. Er hebt hervor, dass auch die in Osnabrück stattfindenden kommerziellen Märkte nicht kostendeckend mit Gebühren belegt seien und weist darauf hin, dass der Kostenaufstellung der Verwaltung für den Karneval entsprechende Einnahmen nicht gegengerechnet seien. Die bestehenden Probleme durch überzogenen Alkoholkonsum seien nicht den Veranstaltern des Karnevals anzulasten. Er regt an, über eine geänderte Streckenführung zu diskutieren und bittet abschließend den Oberbürgermeister, trotz der prekären Haushaltslage sich für den Erhalt des Karnevals einzusetzen.
Herr Mierke hebt ebenfalls die besondere Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements hervor. Er spricht sich gleichfalls gegen eine Kostenbeteiligung des BOK in Höhe von 10.000,00 € aus und lehnt insofern die Vorlage der Verwaltung ab.
Herr Hagedorn bringt sein Unverständnis über die von einigen Ratsmitgliedern vorgetragene ablehnende Haltung zur Verwaltungsvorlage zum Ausdruck. Er legt dar, dass bei den sich anschließenden Beratungen des Haushaltes alle Bereiche von Streichungen betroffen sein werden, und fordert insofern eine finanzielle Beteiligung des BOK an den Kosten des Umzuges. Er sieht die Gesamtverantwortung von Rat und Verwaltung der Stadt Osnabrück, gegen die unerträglichen Nebenwirkungen des Karnevals vorzugehen und sieht hier Rat und Veranstalter gemeinsam in der Verantwortung, alle Maßnahmen einzuleiten, die bisherigen Exzesse zu vermeiden. Er unterbreitet namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den folgenden Änderungsantrag:

„1. Die Stadt Osnabrück erhebt im Jahr 2010 vom Bürgerausschuss Osnabrücker Karneval e. V. und seinen Mitgliedsgesellschaften eine Kostenbeteiligung von 10.000,00 € für den Karnevalsumzug am sogenannten Ossensamstag.
2. Über eine etwaige Steigerung der Kostenbeteiligung wird in den kommenden Jahren vor dem Hintergrund der Entwicklung des Karnevalsumzugs und seiner Begleitumstände sowie der finanziellen Entwicklung der Stadt entschieden.
3. Der Rat fordert den Bürgerausschuss Osnabrücker Karneval e. V. und seine Mitgliedsgesellschaften auf, die mit der Stadt, der OMT und der OCM entwickelte Neukonzeption des Osnabrücker Karnevals nochmals zu überprüfen.“

Bei allem Respekt vor dem ehrenamtlichen Engagement der Karnevalisten bedauert er, dass bei diesen keine Bereitschaft besteht, über alternative Lösungen zu diskutieren. Vorgebrachte Vergleiche mit den Verhältnissen, die die Maiwoche oder bedeutsame Fußballereignisse mit sich bringen, weist er als unzutreffend zurück.

Herr Peters bezeichnet die Ablehnung einer Kostenbeteiligung der Karnevalisten im Hinblick auf die zuvor verdeutlichte Haushaltslage der Stadt als unverständlich und weist insofern insbesondere den Beitrag von Herrn Dr. E. h. Brickwedde zurück. Er weist Herrn Bürgermeister Jasper darauf hin, dass entgegen seiner öffentlich vertretenen Auffassung die Aufwendungen der Stadt Osnabrück für die Durchführung des Ossensamstag als Bezuschussung anzusehen seien, und sieht in

der Erhebung einer Kostenbeteiligung von 10.000,00 € keinesfalls einen Grund, dass die Durchführung des Ossensamstag künftig scheitern werde. Die bevorstehende Kostenbeteiligung sei den Karnevalisten bereits seit zwei Jahren bekannt gewesen, wogegen man sich seinerzeit ausschließlich aufgrund der Tatsache entscheiden habe, dass ein tragfähiger Kompromiss gefunden werden sollte, der allerdings nunmehr gescheitert sei. Er hebt hervor, dass die SPD trotz katastrophaler Haushaltssituation nach wie vor bereit sei, eine Summe von 65.000,00 € für die Durchführung des Ossensamstags freizustellen.
Herr Cheeseman spricht sich in Reimform gegen eine Kostenbeteiligung des BOK aus und lehnt insofern die Vorlage der Verwaltung ab.
Herr Jasper legt dar, dass Ausgangspunkt für die heutige Diskussion bereits vor Jahren die Haushaltskonsolidierung gewesen sei; insofern weist er die Argumente der Verunreinigung der Stadt und stattfindende alkoholische Exzesse wie auch die Einwände des Einzelhandels zurück. Zur Beschlussempfehlung der Verwaltung verweist er darauf, dass bei einer Umlegung des Karnevalsumzuges auf den Sonntag keine entsprechende Kostenbeteiligung der Vereine gefordert worden wäre. Zu der von der Verwaltung vorgelegten Kostenaufstellung erhebt er die Forderungen, die entstehenden Kosten zu reduzieren. Er fordert, dass die Stadt Osnabrück die für den Karnevalsumzug entstehenden Kosten tragen müsse, da mit der Durchführung des Karnevalsumzuges auch öffentlich geworben werde.
Er führt aus, dass mit der Verlegung des Ossensamstages das Alkoholproblem nicht in den Griff zu kriegen sei. Er verweist auf Zeiten vor Einführung des Ossensamstages, zu denen am Rosenmontag chaotische Zustände in der Stadt Osnabrück geherrscht hätten, für deren Bekämpfung massiv Mittel im Rahmen des Jugendschutzes eingesetzt werden mussten.
Er hebt das großartige ehrenamtliche Engagement in den Karnevalsvereinen zugunsten zahlreicher gesellschaftlicher Betätigungsfelder hervor; abschließend spricht er sich nachdrücklich dafür aus, die bereits eingeleiteten positiven Gespräche fortzuführen.
Frau Sliwka macht deutlich, dass die Mitglieder der FDP-Fraktion nicht einheitlich abstimmen werden; trotz des hohen Engagements der Mitglieder des BOK hält sie die Begleiterscheinungen des Ossensamstags, wie unter anderem die Verschmutzung der Innenstadt, für nicht hinnehmbar, obwohl hierfür die Karnevalisten nicht die Verantwortung tragen; dennoch biete der Karnevalsumzug hierzu die Gelegenheit, insofern halte sie eine Kostenbeteiligung für gerecht. Der Vorschlag, den Umzug auf den Sonntag zu verlegen, hätte aus ihrer Sicht für alle Beteiligten Vorteile – unter anderem könnte hierdurch ein Imagegewinn zugunsten des Karnevals erzielt werden. Sie bedauert, dass der BOK das Angebot des OCM nicht angenommen habe und hält den durch das BOK aufgebauten Druck in der Frage der Durchführung des Karnevalsumzuges für bedenklich. Sie spricht sich für die Annahme des Beschlussvorschlages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus.
Herr Hus fühlt sich durch die vorhergehende Debatte negativ berührt. Er verweist nachdrücklich auf den zwei Jahre zurückliegenden gemeinsamen Beschluss zur Haushaltskonsolidierung. Im Zusammenhang mit der erforderlichen Sanierung des Haushaltes seien zahlreiche Möglichkeiten zur Konsolidierung überprüft worden, hiervon seien nicht nur die Karnevalisten betroffen gewesen. Er äußert insofern sein Unverständnis über die vorhergehende Argumentation.
Er vermisst den Austausch sachlicher Standpunkte und bezeichnet einen Teil der vorgehenden Ausführungen als populistisch. Er hebt hervor, dass in Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt Osnabrück - wie bei der Einbringung des Haushaltes 2010 erneut deutlich geworden sei – alle möglichen Ansätze zur Verbesserung der Situation zu verfolgen seien; hierzu habe der Beschluss zur Kostenbeteiligung der Karnevalsvereine einen Beitrag darstellen sollen. Er stellt fest, dass bei einem Verzicht auf die Kostenbeteiligung der Karnevalisten die ebenfalls bevorstehenden Gespräche zur Haushaltskonsolidierung mit anderen Vereinen, die ohne entsprechende Alternative – wie der BOK – seien, belastet werden. Er unterstützt die von Herrn Hagedorn vorgetragene Argumentation, wonach - ohne dass den Karnevalisten hierüber die alleinige Verantwortung zugeschoben werde - eine Gesamtverantwortung zur Bekämpfung der negativen Begleitumstände bestehe. Er macht deutlich, dass seitens der SPD-Fraktion dem vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt werde.
Herr Hasskamp beantragt, die bevorstehende Abstimmung geheim durchzuführen; für diesen Antrag, dem zwei Ratsmitglieder zustimmen, findet sich hiermit nicht die gemäß § 20 Abs. 3 erforderliche Mehrheit von elf Ratsmitgliedern.

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt herbei:

Abweichender Beschluss:

„1. Die Stadt Osnabrück erhebt im Jahr 2010 vom Bürgerausschuss Osnabrücker Karneval e. V. und seinen Mitgliedsgesellschaften eine Kostenbeteiligung von 10.000,00 € für den Karnevalsumzug am sogenannten Ossensamstag.

2. Über eine etwaige Steigerung der Kostenbeteiligung wird in den kommenden Jahren vor dem Hintergrund der Entwicklung des Karnevalsumzugs und seiner Begleitumstände sowie der finanziellen Entwicklung der Stadt entschieden.

3. Der Rat fordert den Bürgerausschuss Osnabrücker Karneval e. V. und seine Mitgliedsgesellschaften auf, die mit der Stadt, der OMT und der OCM entwickelte Neukonzeption des Osnabrücker Karnevals nochmals zu überprüfen."

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich mit 28 zu 23 Stimmen **angenommen**.

CDU-Fraktion Osnabrück, 17. November 2009

A n t r a g

Betreff: **Kostenbeteiligung des BOK e.V. für Ossensamstag 2010 - Änderungsantrag - Tischvorlage -**

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart (NÖ/Ö)	TOP
Verwaltungsausschuss	17.11.2009	NÖ	
Rat der Stadt Osnabrück	17.11.2009	Ö	

Inhalt des Antrags:

Die Stadt Osnabrück erhebt im Jahr 2010 vom Bürgerausschuss Osnabrücker Karneval e.V. und seinen Mitgliedsgesellschaften **keine** Kostenbeteiligung ~~von 10.000 €~~ für den Karnevalsumzug am sogenannten Ossensamstag. **Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit den Beteiligten führen, wie zukünftig der Osnabrücker Karneval noch attraktiver gestaltet werden kann. Nach Abschluss dieser Gespräche wird der Rat dann erneut über eine mögliche Kostenbeteiligung beraten.** ~~In den folgenden Jahren ist eine Steigerung der Kostenbeteiligung vorzunehmen.~~

Begründung:

Seitens des Oberbürgermeisters hat es bereits im Laufe dieses Jahres Gespräche mit dem BOK und den Karnevalsvereinen gegeben, wie der Osnabrücker Karneval zukünftig gestaltet werden kann. Im Rahmen dieser Gespräche wurde nach Entscheidung der Karnevalsvereine, im kommenden Jahr noch keine Änderung am bisherigen Ablauf vorzunehmen, vereinbart, über eine spätere Neuausrichtung des Karnevalsablaufes weitere Gespräche zu führen. Diese sollten abgewartet werden, bevor der Rat der Stadt einseitige Vorfestlegungen vornimmt. Auch aufgrund der Tatsache, dass in der Kürze der jetzt verbleibenden Zeit für die Karnevalsvereine eine Einwerbung von Sponsoren für den Umzug und eine Planungssicherheit kaum möglich wäre, sollte die für die Außenwerbung der Stadt bedeutende Marke des Ossensamstag nicht leichtfertig gefährdet werden.

gez. Dr. E.h. Fritz Brickwedde
CDU-Fraktionsvorsitzender